

„Zukunftscentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ (Für ein Europäisches Freiheits- und Zukunftscentrum in Deutschland)

Die Revolutionen von 1989/91 waren für die Gesellschaften Mittel- und Osteuropas Freiheitsrevolutionen, die sie auf den Weg zu Demokratie und Selbstbestimmung führten. Sie zeigen anschaulich die Bedeutung des Kampfes um Freiheit, individuelle Würde, Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte. Sie sind das zentrale Fundament der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 18. Dezember 2000.

Die Bundesregierung nahm das Jubiläum dreißig Jahre Revolution und deutsche Einheit zum Anlass, eine Kommission einzusetzen, die ausführlich die politischen, kulturellen und emotionalen Aspekte der Revolution, der deutschen Einheit und der nachfolgenden Transformation beleuchtete. Die Kommission war von der Bundesregierung 2019 eingesetzt worden, ihre Zusammensetzung war politisch heterogen. Eine zentrale Handlungsempfehlung lautete, ein „Zukunftscentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ zu gründen. Eine von der Bundesregierung im vergangenen Jahr eingesetzte Arbeitsgruppe von Expertinnen und Experten hat Vorschläge zur konkreten Umsetzung des Projektes formuliert. In dem Konzept plädiert die Gruppe für eine Ausweitung der historischen Perspektive und eine stärkere Europäisierung der Idee. Die Auseinandersetzung mit den Revolutionen in Europa sollte vor 1989 beginnen, vor allem die Krisen im Sowjetblock und das Entstehen einer zivilgesellschaftlichen Opposition in den 1970er und 1980er Jahren dokumentieren. Zudem sollte die Transformationserfahrung nicht allein auf Deutschland oder Mittel- und Osteuropa beschränkt werden. Die Revolutionen von 1989/91 haben den ganzen Kontinent verändert, eine neue Phase der europäischen Integration bewirkt und die Auseinandersetzung um demokratische Grundwerte in Europa vorangebracht. Das Bewusstsein darüber ist in weiten Teilen der westlichen Gesellschaften nicht vorhanden.

Wir unterstützen diese Empfehlungen, vor allem der Expertengruppe, fordern ihre rasche Umsetzung, mahnen aber zugleich eine dringend notwendige Erweiterung der Gründungsiede des Transformationszentrums an. Spätestens der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sollte allen, die für Freiheit und Demokratie einstehen, gezeigt haben, dass eine Beschränkung auf die Zeit nach 1989 ebenso zu kurz greift wie die Idee, Deutschland allein ins Zentrum zu rücken. Es gibt Nationalstaaten, aber keine voneinander losgelösten nationalen Entwicklungswägen. In Europa hängt alles engstens miteinander zusammen – so schon vor und besonders nach 1989.

Der russische Präsident Wladimir Putin hielt in den vergangenen Jahren mehrere revisionistische „Geschichtsreden“, die darauf hinauslaufen, die staatliche Integrität der Ukraine, die Grenzen in Europa, die europäische Sicherheitsarchitektur und Werte wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit prinzipiell in Frage zu stellen. Der Ukraine – und nicht nur ihr – spricht er das Existenzrecht ab.

Russlands Krieg ist eine Zäsur mit dramatischen, vielfältigen und gegenwärtig nicht überschaubaren Folgen. Als politischer Partner hat sich Russland auf unabsehbare Zeit ins Abseits katapultiert. Es gibt nach dem russischen Angriff auf die Ukraine gegenwärtig keine gemeinsame Grundlage mehr für die Zusammenarbeit mit Russland. Europa muss eine neue Sicherheitsordnung planen, die auch ohne Russland funktioniert. Die Vorstellung einer von Regeln und Werten getragenen Weltordnung muss neu überdacht werden und wir werden eine Debatte über europäische Souveränität führen müssen.

Zugleich müssen wir ernsthafter und vor allem anders als bislang darüber nachdenken und dafür Konzepte entwickeln, wie wir mit Teilen der russischen und belarussischen Zivilgesellschaft ins Gespräch kommen und sie unterstützen und stärken können. Die bisherigen Konzepte waren zum Teil zu stark davon geprägt, den russischen Staat miteinzubeziehen. Diese Ambivalenz war schon in den siebziger und achtziger Jahren ein heftig umstrittenes Problem der Ost- und Deutschlandpolitik.

In den letzten Jahren verfestigte sich zudem eine wachsende Differenz der historischen Selbstwahrnehmung der ost- und westeuropäischen Gesellschaften. Dafür steht symbolisch der Umgang mit dem Erinnerungsdatum „23. August“, das in Westeuropa bislang nicht ins historische Gedächtnis und die staatliche Geschichtspolitik vordrang. Es entstand ein „Doppelgedächtnis“ in Europa. Die auf historischen Erfahrungen basierten Sicherheitsinteressen, Erwartungen und Befürchtungen unserer osteuropäischen Partner und Freunde wurden in Westeuropa oft ignoriert, belächelt oder nicht ernst genommen. Die Erinnerung und die Erzählung von Geschichte über nationale Grenzen hinweg sind aber eine zentrale Aufgabe. Unsere europäische Zukunft bedarf der Erinnerung der sehr unterschiedlichen Vergangenheitswahrnehmungen. Wir brauchen eine lebendige europäische Erinnerungskultur, die die Unterschiedlichkeiten wahrnimmt und ernstnimmt, um das Gemeinsame zu erkennen. Zusammenarbeit auf Augenhöhe in Europa heißt auch, die Geschichte der einzelnen Regionen wahrzunehmen, um die unterschiedlichen Zukunftspolitiken aus anderen Vergangenheitserfahrungen heraus zu verstehen.

Diese Freiheitsperspektive ist für die zukünftige Identität eines freien Europas unverzichtbar. Diese Fragen müssen in einem Europäischen Zukunfts- und Transformationszentrum mit einer breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit neu diskutiert werden. Hauptaufgabe des geplanten Zentrums sollte die Schaffung einer politischen und kulturellen Nähe zwischen europäischen Demokraten sein. Darüber hinaus muss ein solches Zentrum die Zukunftsfragen Europas stellen, diskutieren und dafür Konzepte und Vorschläge unterbreiten. Das aber geht nur, wenn wir die Geschichte nicht 1990/91 beginnen lassen – wie es für das Zentrum bislang geplant ist, sondern wenn wir den ursächlichen Zusammenhang zwischen Diktaturen, Freiheitsrevolutionen und Demokratie in Europa begreifen, herausarbeiten und veranschaulichen. Aus diesen Gründen ist es von fundamentaler Bedeutung, das geplante „Zukunftscentrum“ von Anfang an in einer europäischen Perspektive zu denken.

Die Transformationsgeschichten nach 1989 veranschaulichen die prinzipielle Offenheit von Geschichte. Die Notwendigkeit der Transformationen und ihre verschiedenen Wege werden jedoch nur dann verständlich, wenn die historischen Entwicklungen seit der KSZE-Schlussakte von 1975 sowie die verschiedenen Wege nach 1990/91 als konzeptionelle Pfeiler des Zentrums berücksichtigt werden.

Wir begrüßen es, wenn Ostdeutschlands Geschichte einen Schwerpunkt bilden soll. Zugleich aber macht dieser Schwerpunkt nur Sinn – auch für die beabsichtigte proeuropäische Identitätsbildung –, wenn diese Entwicklung im Kontext Mittel- und Osteuropas verstanden und dargestellt wird und zugleich die unterschiedlichen Entwicklungswege in Europa einbezogen werden.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die freie und souveräne Ukraine müsste nun endgültig alle überzeugen, dass nationale Selbstbetrachtungen unangebracht sind und zu kurz greifen.

Deshalb fordern wir eine Überarbeitung und eine Neuausrichtung der Konzeption für ein „Zukunftscentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“. Denn

wir brauchen sehr schnell ein Europäisches Freiheits- und Zukunftszentrum in Deutschland, das die politischen und kulturellen Bündnisse zwischen der deutschen Zivilgesellschaft und den europäischen Nachbarn stärkt, um gemeinsam Freiheit und Demokratie gegen autoritäre Herrschaft zu verteidigen.

Erstunterzeichner

Uwe Schwabe, Vorstandsvorsitzender Archiv Bürgerbewegung Leipzig

Dr. Ilko-Sascha Kowalcuk, Historiker, Mitglied der Regierungskommission 30 Jahre Revolution und Deutsche Einheit 2018-2020

Basil Kerski, Direktor Europäisches Solidarność-Zentrum in Danzig

Wolfgang Templin, Publizist,

Prof. Dr. Jan Claas Behrends, Historiker, Leibniz-ZZF und Europa-Universität Viadrina

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Mitglied der Regierungskommission 30 Jahre Revolution und Deutsche Einheit 2018-2020

Annette Simon, Psychoanalytikerin, Mitglied der Regierungskommission 30 Jahre Revolution und Deutsche Einheit 2018-2020

Petra Morawe, langjährige Referentin für Rehabilitierung und Entschädigung von SED-Unrecht Betroffener

Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Andreas Schönfelder, Leiter Umweltbibliothek Großhennersdorf

Dr. Markus Pieper, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft

Christian Dietrich, Pfarrer, Präsident der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (InterAsso)

Dr. Kazimierz Woycicki, Dyrektor Akademia Wschód / Academy of the East

Diesen Aufruf unterzeichneten und tragen mit

Edda Ahrberg, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt 1994 bis 2005

Marieluise Beck, ehemalige parl. Staatssekretärin, Zentrum Liberale Moderne

Stephan Bickhardt, Pfarrer, Direktor Evangelische Akademie Sachsen

Wolf Biermann, Schriftsteller und Liedermacher

Marianne Birthler, ehem. Bundesbeauftragte für Stasiunterlagen 2000-2011

Jens Blanck, Theologe, Berlin

Dr. Martin Böttger, Physiker, Vorsitzender des Martin-Luther-King-Zentrums Werdau

Heidi Bohley, Vorstand Zeit-Geschichte(n) e.V. - Verein für erlebte Geschichte

Hans-Jürgen Buntrock, Bürgerrechtler

Hugo Diederich, Bundesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Anne Drescher, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Jörg Drescher, Büroleiter und Koordinator für Hilfslieferungen Ukraine

Prof. Dr. Rainer Eckert, langjähriger Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig

Renate Ellmenreich, Pfarrerin i.R.

Rainer Eppelmann, Pfarrer, MdB 1990-2005, Vorsitzender des Vorstands der Bundesstiftung Aufarbeitung

Dr. Judith C. Enders, Politikwissenschaftlerin, Alice-Salomon-Hochschule Berlin

Vorstand: perspektive hoch drei e.V., Mitglied des Regierungskommission 30 Jahre Revolution und Deutsche Einheit 2018-2020

Jan Faktor, Schriftsteller

Dr. Annemarie Franke, Historikerin

Dr. Rüdiger Frey, Bildungswerk Sachsen der Deutschen Gesellschaft e.V., Leipzig

Dr. Hans Friedrich Fischer, Priester Oratorium des hl. Philipp Neri Vilnius

Dr. Bernd Florath, Historiker, Beirat der Robert-Havemann-Gesellschaft

Ralf Fücks, Senator a.D., Zentrum Liberale Moderne

Prof. Dr. Jörg Ganzenmüller, Historiker, Vorstandsvorsitzender Stiftung Ettersberg

Joachim Goertz, Pfarrer i.R.

Dr. Christian Halbrock, Historiker/Ethnologe

Ralf Haska, Pfarrer

Ingo Hasselbach, Exit Deutschland & DDR-Box e.V.

Prof. Dr. Dieter Heinzig, Slawist und Sinologe

Dr. Helge Heidemeyer, Direktor der Gedenkstätte Berlin- Hohenschönhausen

Gerold Hildebrand, Sozialwissenschaftler

Tobias Hollitzer, Leiter Gedenkstätte Museum in der Runden Ecke Leipzig

Eckart Hübener, Pastor i.R ev. Kirche. Polen AG 1981

Wolfram Hülsemann, Pfarrer i.R.

Almut Ilse, Autorin und Fotografin

Günter Jeschonnek, Regisseur, Kulturmanager, Autor – Berlin

Gisela Kallenbach, ehem. MEP

Dr. Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung

Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Berlin

Prof.(em.) Dr. Christoph Kleßmann, Potsdam

Freya Klier, Autorin und Regisseurin

Thomas Klingensteine, Maler und Schriftsteller

Hartmut Koschyk, MdB 1990 bis 2017, Parlamentarischer Staatssekretär a. D., Stv. Vorsitzender Deutsche Gesellschaft e. V.

Manfred Kruczak, FORUM zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.

Anne Kupke, Historikerin, Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle

Katharina Landgraf, Vorstandsvorsitzende Bildungswerk Sachsen der Deutschen Gesellschaft e.V., Leipzig u. Sprecherin des Kuratoriums der Deutschen Gesellschaft e.V., Berlin

Dr. Kai Langer, Historiker, Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Christoph Leucht, Soziologe, Hildegard Lagrenne Stiftung für Bildung, Inklusion und Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland

Prof. Dr. Thomas Lindenberger, Historiker, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden

Christine Lieberknecht, Vorstandsmitglied der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Mitglied des Regierungskommission 30 Jahre Revolution und Deutsche Einheit 2018-2020

Doris Liebermann, Autorin, Berlin

Jan Josef Liefers, Schauspieler, Mitglied des Regierungskommission 30 Jahre Revolution und Deutsche Einheit 2018-2020

Heiko Lietz, Menschenrechtler

Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Historiker, Direktor des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt

Dr. Gero Neugebauer, Politikwissenschaftler und Publizist

Hannelore Offner, Kunsthistorikerin, M.A.

Gesine Oltmanns, Vorstand Stiftung Friedliche Revolution Leipzig

Thomas Pilz, Kulturfabrik Meda Mittelherwigsdorf

Christoph Polster, Pfarrer, Vorstandsvorsitzender von Aufarbeitung Cottbus e.V.

Gerd Poppe, MdB 1990-1998, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung 1998-2003

Ulrike Poppe, 2010 bis 2017 Brandenburger Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Prof. Dr. Dagmara Jajeśniak-Quast, Direktorin des Zentrums für Interdisziplinäre Polenstudien der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Dr. med. Eva Reich, Ärztin, Berlin

Prof. Dr. med. Jens Reich, Molekularbiologe, Berlin

Rüdiger Rosenthal, Autor und Journalist

Prof. Dr. Richard Schröder, Philosoph und Theologe, Fraktionsvorsitzender der SPD in der frei gewählten Volkskammer

Prof. Dr. Martin Schulze Wessel, Hochschullehrer, LMU München

Walter Christian Steinbach, Regierungspräsident a.D.

Cornelia Stieler, Kommunikations- und Betriebspyschologin, Machern

Prof. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a. D

Dr. Andreas Umland, PhD, Stockholmer Zentrums für Osteuropastudien am Schwedischen Institut für Internationale Angelegenheiten, Fellow am Institut für Euro-Atlantische Kooperation in Kiew

Konrad Weiß, Berlin, Publizist

Reinhard Weißhuhn, Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Menschenrechte

Peter Wensierski, Autor und Dokumentarfilmer

Dr. habil. Anna Veronika Wendland, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung (Marburg), Mitglied der deutsch-ukrainischen Historikerkommission

Prof. Dr. Christian Zippel, Arzt, Politiker, MdA a.D.

Dr. habil. Robert Żurek, Historiker/Theologe, Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung